

## „Verhandeln statt verordnen! Weil es um mehr geht...!“ Beschäftigte im Öffentlichen Dienst fordern bessere Bezahlung

**Beschäftigte und BeamtInnen des Landes Niedersachsen setzten sich heute bei einem Aktionstag in Hannover zum Auftakt der Tarif- und Besoldungsrunde 2017 gemeinsam für eine bessere Bezahlung im Öffentlichen Dienst ein.**



Zudem forderten sie die Wiedereinführung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für alle BeamtInnen. Feuerwehrleute überreichten Finanzminister Peter-Jürgen Schneider am Vormittag vor seinem Ministerium einen vertrockneten Tannenbaum und forderten den Minister auf, ihre Bereiche besser auszustatten. Polizeibeschäftigte und Lehrkräfte machten am Nachmittag bei einer Kundgebung auf dem Steintorplatz darauf aufmerksam, dass auch ihre Arbeit höhere Wertschätzung verdient. Gute öffentliche Dienstleistungen seien wichtig, aber nicht zum Nulltarif zu haben, darin waren sich Vertreterinnen und Vertreter von ver.di, GEW und GdP einig. Sie forderten den Minister auf, mehr in den Öffentlichen Dienst zu investieren. Als Verhandlungsführer der Arbeitgeber müsse er in der Anfang 2017 anstehenden Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder deutliche Entgelterhöhungen ermöglichen. Als Finanzminister müsse er das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die LandesbeamtInnen übertragen.

**Wolfgang Pieper, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, Leiter der Fachbereiche Bund, Länder und Gemeinden, kritisierte:** "Niedersachsen koppelt sich mit der Besoldungserhöhung von der Tarifentwicklung der Länder ab und beachtet nicht die demokratischen Spielregeln. Den Beamtinnen und Beamten wird die Gestaltung ihrer Beschäftigungsbedingungen vorenthalten. Wir brauchen dringend eine zeitgemäße Beteiligung der Beamtinnen und Beamten. Die Feuerwehrleute haben heute mit ihrer jährlichen Tannenbaumaktion vor dem Finanzministerium wieder einmal deutlich ihren Protest gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes artikuliert."

### Zum Hintergrund

Am 18. Januar starten in Berlin die Verhandlungen für die bundesweite Tarif- und Besoldungsrunde 2017 für Tarifbeschäftigte in den Ländern (ohne Hessen). Das Ergebnis soll anschließend übertragen werden auf BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen in den Ländern sowie Kommunen. Die Gewerkschaften fordern deutliche Einkommenszuwächse, den konkreten Forderungsbeschluss fassen sie in der gemeinsamen Bundestarifkommission am 14. Dezember 2016.

